

# zentralasien- analysen



[www.laender-analysen.de/zentralasien](http://www.laender-analysen.de/zentralasien)

## EXPERTENMEINUNGEN ZUR SITUATION IN TURKMENISTAN (2)

### ■ KOMMENTAR

Die finale Krise des turkmenischen Rentierstaats Von Luca Anceschi, Glasgow	2
Die Wirtschaftskrise in Turkmenistan stärkt die Rolle des Präsidenten-Clans Von Slavomír Horák, Prag	3
Turkmenistans verbaute Zukunft – ein System kollabiert Von Hendrik Meurs, Bonn	5

### ■ CHRONIK

19. Mai bis 22. Juni 2018	8
Kasachstan	8
Kirgistan	9
Tadschikistan	11
Turkmenistan	13
Usbekistan	13

## Die finale Krise des turkmenischen Rentierstaats

Von Luca Anceschi, Glasgow

### Rentierstaat

Eine extrem hohe wirtschaftliche Abhängigkeit von einem einzigen Rohstoff, die durch den Begriff Rentierstaat beschrieben wird, sorgt mittelfristig zwar für politische Stabilität, hat jedoch auch Nachteile: In der Regel geht sie mit verschiedenen Demokratiedefiziten einher, erstickt durch Marginalisierung nichtstaatlicher Wirtschaftsaktivitäten privates Unternehmertum bereits im Kern und bringt die Rentierstaaten in eine unangenehme Lage, sobald sie für eine Zukunft planen müssen, in der der Rohstoff nur noch begrenzt zur Verfügung steht.

Moderne Rentierstaaten, vor allem die auf der arabischen Halbinsel, haben versucht, mit einem Mix aus Wirtschaftsreformen, globalisierungsfreundlichen politischen Maßnahmen und einer ansatzweisen Diversifizierung der Wirtschaftsaktivitäten gegenzusteuern. Die zentralasiatischen Rentierstaaten haben ihre Rohstoffe dagegen relativ altmodisch verwaltet, in diktatorischem Stil. In diesem Zusammenhang stellt das postsowjetische Turkmenistan – auf dessen Territorium sich die weltweit viertgrößten Erdgasvorräte befinden – einen äußerst interessanten Fall dar.

Die turkmenische Abhängigkeit vom Erdgasexport ist sehr hoch: Laut Weltbank trug der Energiesektor in Turkmenistan 2014 insgesamt 35 % zum BIP bei und war verantwortlich für 90 % der Exporte und 80 % der Steuereinnahmen. Aufgrund der aktuell geringen Fördermengen werden die turkmenischen Gasreserven mittelfristig nicht versiegen. Während der Energiehandel mit Russland eingestellt wurde und die Gaslieferungen an den Iran längerfristig – wenn auch wohl nicht dauerhaft – unterbrochen wurden, konnte Turkmenistan eine stabile geschäftliche Partnerschaft mit China aufrechterhalten. Dorthin hat es seit der Inbetriebnahme der Zentralasien–China-Pipeline im Jahr 2009 steigende Erdgasmengen exportiert. Erdgasexporte sollten kurzfristig einen relativ einfachen Entwicklungspfad für das turkmenische Regime sicherstellen.

### Zweifel am Erfolg

Das Bild des reichen Rentierstaats wird durch internationale Medien, die über die problematische Wirtschaftslage in Turkmenistan berichten, jedoch derzeit täglich infrage gestellt. Das Land scheint sich inmitten einer sehr schweren Krise zu befinden: Der Staatshaushalt schrumpft rapide, wie zahlreiche Berichte über drastische durch das Regime vorgenommene Umstrukturierungen zur Verkleinerung des öffentlichen Sektors

belegen. Bargeld ist außerhalb der Hauptstadt Aschgabat praktisch nicht zu bekommen und auf dem Land wächst die Lebensmittelunsicherheit, ausgelöst entweder durch Preisspitzen für Nahrungsmittel oder durch plötzliche Nichtverfügbarkeit von Grundnahrungsmitteln. Was das Regime als Turkmenistans *Altyn Asyr* (Goldenes Zeitalter) bezeichnet, wird immer mehr zu einem Altraum eines Rentierstaats.

### Ursachen

Nach meiner Ansicht ist die Erklärung für die turkmenische Wirtschaftskrise unmittelbar verbunden mit dem chronischen Versagen des Regimes bei den Bemühungen, die rentierstaatliche Ausrichtung des Landes zu reformieren. Die Eröffnung der Zentralasien–China-Pipeline überzeugte den turkmenischen Präsidenten, Gurbanguly Berdymuchammedow, und seinen Stab von der Machbarkeit eines Modells der Rohstoffverwaltung, das ausländischen Energieunternehmen keinerlei Optionen zur Beteiligung an *Onshore*-Gasfeldern gewährt.

Gleichzeitig hat das turkmenische Regime die mittelfristigen Folgen des mit der »China National Petroleum Corporation« abgeschlossenen *Pay-for-Purchase*-Abkommens ignoriert. Dieses sieht vor, dass das von dem chinesischen Unternehmen in den Bau der Pipeline investierte Kapital in Form von nach China exportiertem Erdgas zurückgezahlt werden muss. Trotz der für das turkmenische Rechnungswesen typischen Undurchsichtigkeit gibt es ausreichend Belege dafür, dass die chinesischen Ankäufe von turkmenischem Gas 2014/15 zu extrem niedrigen Preisen stattgefunden haben. Turkmenistan generiert daher aus dem ständigen Export von Erdgas nach China praktisch keine Einnahmen. Zudem ist China wegen der jüngsten Entwicklungen der turkmenischen Gasbeziehungen mit Russland und dem Iran derzeit der einzige Partner im Energiehandel.

Die rapide sinkenden Einnahmen bedingen rückläufige Staatsausgaben, die Berdymuchammedow gezwungen haben, das breit angelegte Subventionssystem für Lebensmittel und Energie abzuschaffen, das seit der Unabhängigkeit den Energie-Sozial-Pakt zwischen dem turkmenischen Staat und seinen Bürgern getragen hatte.

### Ausblick

Eine kleine, aber keinesfalls unbedeutende Änderung in der Logik des turkmenischen Umgangs mit seinen Rohstoffen bietet eine kurzfristige Antwort auf die lähmende Wirtschaftskrise. Dass sich ausländische Firmen jetzt in begrenztem Umfang an der Förderung der turk-

menischen *Onshore*-Reserven beteiligen dürfen, könnte zur Wiederherstellung eines relativ stetigen Flusses an Einnahmen führen, der dann seinerseits zu einer gewissen wirtschaftlichen Erholung beitragen würde.

Mit dieser Reform nähert sich Turkmenistan ein wenig den aktuellen Standards des Rohstoffmanagements an, indem es sich den Kräften der Globalisierung stärker öffnet. Dies wird automatisch die Kontrolle des Regimes über die Gasreserven in Turkmenistan verringern – und die systematische Intransparenz aufbrechen, mit der die turkmenische Führung die Förderung und Entwicklung und vor allem den Export der Erdgasreserven des Landes bislang gehandhabt hat.

*Über den Autor:*

Luca Anceschi lehrt Central Asian Studies an der Universität Glasgow, wo er außerdem Mitherausgeber der wissenschaftlichen Zeitschrift *Europe-Asia Studies* ist.

Das Ausmaß, in dem das Berdymuchammedow-Regime gewillt sein wird, die offensichtlich notwendige Reform des Rohstoffmanagements vorzunehmen, hängt direkt mit der Schwere der Einnahmenkrise zusammen, die – wird ihr nicht nachdrücklich begegnet – das Potential hat, zu einem Regimekollaps, wenn nicht gar zu einem kompletten Zusammenbruch des Staates zu führen. Dem turkmenischen Rentierstaat in seiner aktuellen Form bleibt mit anderen Worten nur noch eine Gnadenfrist – sein Fortbestehen scheint komplett von den Überlebensinstinkten des Regimes abzuhängen.

*Aus dem Englischen von Sophie Hellgardt*

## Die Wirtschaftskrise in Turkmenistan stärkt die Rolle des Präsidenten-Clans

Von Slavomír Horák, Prag

Die turkmenische Wirtschaft sieht sich nach einer von offiziellen Pressemeldungen begleiteten Phase schnellen Wachstums von 6–8 % pro Jahr nun mit einer Wirtschaftskrise konfrontiert, die öffentlich seltener kommentiert wird. Das Land ist noch immer stark vom Öl- und Gasexport abhängig und leidet dementsprechend unter dem weltweiten Preisverfall seit 2013/14. Außerdem wandert ein immer größerer Teil der Exporteinnahmen in die Hände »der Familie«, wie eine Clan ähnliche, aus Verwandten des Präsidenten sowie ihm nahestehenden Unternehmern bestehende, Gruppierung genannt wird. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der letzten Jahre führten zu einem steigenden Einkommen des »Clans«, während Staatsausgaben sowie die Auswirkungen der Wirtschaftskrise die turkmenische Bevölkerung belasten.

### Kaum Informationen

Es ist nahezu unmöglich auch nur die ungefähre Höhe des turkmenischen Haushalts zu ermitteln. Das Finanzministerium (seit Oktober 2017: Finanz- und Wirtschaftsministerium) veröffentlicht bis auf die Gesamteinnahmen und -ausgaben keinerlei Zahlen. Nach offiziellen Angaben betrug der Staatshaushalt im letzten Jahr etwa 27,2 Mrd. US-Dollar, was 11,2 Mrd. US-Dollar zum damaligen Schwarzmarktkurs entspricht, zum aktuellen Schwarzmarktkurs noch weniger. Über

die Budgets einzelner staatlicher Organisationen und Unternehmen gibt es keine Informationen. Außerdem werden staatliche Zahlungen über etliche nicht zum Staatshaushalt gehörige Fonds und Organisationen abgewickelt, deren Vermögen streng geheim ist. Weiterhin sind auch grundlegende Wirtschaftsdaten entweder nicht öffentlich zugänglich oder erscheinen unzuverlässig bzw. unwahrscheinlich. Angesichts dieser Lage kann über die tatsächliche Situation der turkmenischen Wirtschaft nur spekuliert werden. Anhand etlicher indirekter Indikatoren können die Wirtschaftskrise und ihre Folgen jedoch umrissen werden.

### Finanzkrise

In den letzten drei Jahren wurden Devisengeschäfte immer stärker eingeschränkt. So hat ausschließlich die Elite Zugang zu Devisen, etwa zum Kauf und Verkauf von US-Dollar oder anderen Währungen, und auch der Transfer von Geld nach und vor allem aus Turkmenistan heraus wurde stark beschränkt. Tausende von Studierenden an Bildungseinrichtungen außerhalb Turkmenistans (die beliebtesten Länder sind die Türkei mit 10.000 und Belarus mit etwa 8.000 turkmenischen Studierenden), Arbeitsmigranten außerhalb Turkmenistans (die meisten von ihnen in der Türkei) oder grenzüberschreitend pendelnde Händler und Unternehmer hatten zunehmend Probleme, im Ausland mit ihren in Turk-

menistan ausgegebenen Karten Geld abzuheben. Gleichzeitig werden aus dem turkmenischen Haushalt pompöse Projekte finanziert, wie etwa neue Prachtbauten in Aschgabat, ein neuer (und weitgehend ungenutzter) Flughafen oder, ein Beispiel aus der jüngsten Zeit, neue Gebäude für die »Asian Indoor and Martial Arts Games«, die im September 2017 in Aschgabat stattfanden und deren Kosten fast die Dimension Olympischer Spiele erreichten. Die Gelder für die Bauprojekte gingen häufig zu Lasten der Ausgaben des Staatshaushalts für die breitere Bevölkerung.

### Fehlende Exporteinnahmen

Diese Einsparungen kompensieren fehlende Deviseneinnahmen aus dem Erdgasexport. Schätzungen zufolge (die genauen Zahlen sind geheim) stammen etwa 80 % der turkmenischen Exporteinnahmen aus dem Export von Erdgas. Diese extreme Abhängigkeit hat die Wirtschaftskrise verschärft – nicht nur wegen der gefallen Weltmarktpreise für Öl und Gas, sondern auch weil Turkmenistan nicht in der Lage war, sein Gas ins Ausland zu verkaufen. Seine ehemals größten Kunden – Russland und Iran – haben den Gasimport aus Turkmenistan aus verschiedenen Gründen eingestellt. Teilweise wird das turkmenische Gas nicht mehr benötigt (im Falle Russlands), teilweise gab es Streit zwischen Turkmenistan und seinen russischen und iranischen Partnern über Preise, angebliche oder tatsächliche Zahlungsrückstände und technische Lieferdetails.

Das bedeutet, dass der einzige Weg für turkmenisches Gas ins Ausland derzeit nach China führt. Die chinesischen Unternehmen haben jedoch Anspruch auf Rückzahlungen für ihre umfangreichen Investitionen in Turkmenistan sowie für den Bau des Gaspipelinesystems von Zentralasien nach China. Außerdem muss Turkmenistan die Kredite zurückzahlen, die chinesische Banken zur Erkundung von Gasfeldern und die Aufnahme der Förderung gewährt haben. Damit haben chinesische Unternehmen eine starke Verhandlungsposition gegenüber Turkmenistan. Der Exportpreis für China ist inoffiziellen Quellen zufolge weit niedriger als der für die Lieferungen nach Russland und in den Iran.

Allem Anschein nach fließen die Exporteinnahmen zudem nur teilweise in den Staatshaushalt. Die Kontrolle über den Energieexport und damit über die wichtigste Einnahmequelle des Landes lag bei der eigens dafür zuständigen Staatlichen Agentur für die Verwaltung und Nutzung der Kohlenwasserstoffressourcen, die unter direkter Kontrolle des Präsidenten stand und bis 2016 von seinen Verwandten geleitet wurde. Mittlerweile sind die Staatskonzerne »Turkmengaz« und »Turkmennebit« (Turkmenöl) zuständig, die aber ebenfalls von Verwandten des Präsidenten kontrolliert werden.

### Die Rolle des Familien-Clans

Die »Familie« trägt wesentlich zur Wirtschaftskrise in Turkmenistan bei. Verwandte des Präsidenten monopolisieren den Import von Gütern, vor allem den der rentabelsten, etwa Lebensmittel und Konsumgüter, aber auch Schmuck und Luxusartikel. Anders als Unternehmer, die nicht zum engeren Kreis gehören, leidet die »Familie« nicht unter einem beschränkten Zugang zum Devisentausch und ihre Unternehmen können die ansonsten komplizierten Zollabfertigungen und Gesundheitskontrollen umgehen – von undurchsichtigen Steuerzahlungen ganz zu schweigen.

Im Zuge der Monopolisierung des lokalen Markts hat die »Familie« auch verschiedene ausländische Unternehmen vom turkmenischen Markt verdrängt. Die Schließung des beliebten türkischen Einkaufszentrums »Yimpash« in Aschgabat (dessen Abriss angeblich geplant ist) und das ersatzweise errichtete und im Besitz der Familie befindliche Einkaufszentrum »Berkarar« ist einer der eindeutigsten Fälle. Einige ausländische und nicht der Familie zugehörigen Unternehmen haben außerdem mit Zahlungsrückständen von »Familien«-Unternehmen zu kämpfen, die auf Bauprojekte und andere Lieferungen und Leistungen zurückgehen. Sie gerichtlich einzuklagen ist nahezu unmöglich, da das Justizwesen komplett zugunsten der »Familie« arbeitet. Die Bestechungssumme nur für den Zugang zum Präsidenten liegt in der Regel bei etwa 15 % des vertraglich festgelegten Preises (was selbst über das Niveau in anderen autoritären Regimen hinausgeht). Jedes Projekt kalkuliert bis zu 50 % Bestechungsgelder für den Präsidenten und seine Familie ein. Diese Praktiken haben ausländische Investoren weitestgehend aus Turkmenistan vertrieben, so dass die »Familie« den lokalen Markt in weiteren Bereichen monopolisieren konnte.

### Ausblick

Der turkmenische Präsident und seine Familie kontrollieren zwar die wichtigsten Bereiche der turkmenischen Wirtschaft – ihre Einnahmen und ihr räuberisches Verhalten können sie in Zukunft dennoch nur aufrechterhalten, wenn weitere restriktive Maßnahmen gegenüber der Bevölkerung ergriffen werden. Gleichzeitig ist die in offiziellen Stellungnahmen proklamierte Diversifizierung der turkmenischen Wirtschaft ohne ausländische Investitionen kaum möglich, denn die Familie ist zu groß angelegten Investitionen im eigenen Land nicht in der Lage. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen verschlechtern sich tendenziell, so dass auch langfristig orientierte ausländische Investoren gezwungen sind, das Land zu verlassen. Die Gaspreise auf dem Weltmarkt sind instabil und Turkmenistan ist in hohem Maße vom Erdgasexport nach China abhängig.

In der Konsequenz ist davon auszugehen, dass sich die Lage der turkmenischen Wirtschaft in nächster Zeit weiter verschlechtert. Dies könnte sogar die ansonsten ruhige, geduldige und eingeschüchterte turkmenische Gesellschaft in Unruhe versetzen (möglicherweise von außen provoziert). Für diesen Fall ist anzunehmen, dass

*Über den Autor:*

Slavomír Horák ist Assistant Professor am Department of Russian and East European Studies der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Karls-Universität in Prag.

die Familie eine Strategie entwickelt, um sich ins Ausland abzusetzen – und dass sie das Land mit wenig Ressourcen zum Überleben zurücklässt.

*Aus dem Englischen von Sophie Hellgardt*

## Turkmenistans verbaute Zukunft – ein System kollabiert

Von Hendrik Meurs, Bonn

In einem von Umbrüchen und teils von Unruhe geprägten Umfeld ist es der turkmenischen Regierung gelungen, ihr stalinistisches Herrschaftssystem seit mehr als 25 Jahren weitgehend unverändert aufrecht zu erhalten. Grundlage hierfür ist ein ausdifferenziertes System aus verlockenden Anreizen und brutalen Bestrafungen, aus komplexen Macht- und Legitimationsmechanismen, aus totaler Kontrolle und freiwilliger internationaler Isolation. Dieses System hat seine Grenzen erreicht.

Sehr selten gelangen Berichte aus Turkmenistan in die westliche Welt. Aufgrund der nach innen wie nach außen nahezu hermetischen medialen Isolation des Landes handelt es sich hierbei in aller Regel um Beiträge zu den Exzessen des Personenkultes um den Präsidenten Gurbanguly Berdymuchammedow.

Hinter diesen Berichten lässt sich ein Herrscher erkennen, der die ihm zuteilwerdende nationale und internationale Anerkennung genießt und immer mehr davon für sich einfordert. Im Februar 2017 mit knapp 98 % der Stimmen für eine Amtszeit von sieben Jahren wiedergewählt, legt er größten Wert darauf, als hochkompetent und umfassend begabt wahrgenommen zu werden. Hierzu gewinnt er Auto- und Pferderennen, Judo- und Scharfschützenwettkämpfe, legt die Saat- und Erntezeit für das ganze Land persönlich fest, belehrt Fabrikbesitzer und Unternehmer, komponiert, dichtet, singt und malt. Von ihm berührte Musikinstrumente werden im Nationalmuseum prominent ausgestellt. Unweit einer vergoldeten Monumentalstatue, die ihn auf dem Rücken eines sich aufbäumenden Pferdes zeigt, ließ er 2017 die erste 18-Loch Golfanlage Zentralasiens bauen und eröffnete sie mit einem *Hole-in-one* Abschlag.

Als Beweis für Fortschrittlichkeit und hohen Lebensstandard lässt er – oft mehrmals im Jahr – Welt-

rekorde inszenieren. So bestätigte Guinness die Errichtung der größten Pferdekopfskulptur der Welt (2017), die größte Anzahl von in einer Jurte singenden Menschen (4.166 Menschen sangen 2015 das vom Präsidenten komponierte Lied »Vorwärts, immer vorwärts«), die Fertigstellung des größten Indoorriesenrades der Welt (2013) oder die größte architektonische Realisierung eines achteckigen Sterns (2011). Zugleich wird der uneingeschränkte Machtanspruch durch zahlreiche Verbote untermauert, die zunehmend nachdrücklicher verfolgt werden. Satellitenschüsseln sind verboten, die Straßen der Hauptstadt dürfen ausschließlich mit dort registrierten, weißen Autos befahren werden und sichtbare Klimaanlageanlagen werden seit 2014 systematisch demontiert.

Präsidential angeordnete Prestigeprojekte werden ohne Rücksicht auf Kosten und Mühen umgesetzt. Beispiele hierfür sind der für etwa 2 Mrd. Euro errichtete, zu 5 % ausgelastete größte Flughafen Zentralasiens in Aschgabat, die für etwa 5–8 Mrd. Euro errichtete Ferienanlage Awasa am Kaspischen Meer und die im Jahr 2017 für etwa 5–10 Mrd. Euro nicht zuletzt zur Verbesserung der turkmenischen Medaillenbilanz bei internationalen Wettkämpfen ausgetragenen *Asian Indoor and Martial Arts Games*.

### Machterhalt im Blindflug

Wird der Blickwinkel über diese Anekdoten hinweg geweitet, zeigt sich ein Herrschaftssystem, das durch die Fokussierung auf den Machterhalt und die Bedürfnisse des immer exzentrischer agierenden Präsidenten den Kontakt zu den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Blick auf die Notwendigkeiten eines funktionierenden Wirtschaftssystems in weiten Teilen verloren hat. Letztlich mit dem Ziel des Machterhalts wird seit mehr als



25 Jahren ein weltweit in dieser Form fast einzigartiger Kampf gegen Bildung, Wissenschaft und Kultur geführt. Mediale oder persönliche Kontakte zum Ausland sind nahezu ausgeschlossen, während Teile der Bevölkerung zur Vorbereitung und Durchführung immer größerer Massenveranstaltungen in einem Zustand der andauernden Mobilisierung gehalten werden. Das Ausmaß der Einschränkung nahezu aller Freiheits- und Menschenrechte lässt sich, wenn überhaupt, nur mit Nordkorea vergleichen.

Mit massiven Repressionen und harschen Strafmaßnahmen wird jede Form der Kritik und des unangepassten Verhaltens schon im Ansatz unterdrückt. Das öffentliche Leben ist weitgehend gelähmt. Kreativität, der Mut zur Veränderung und schon einfache Neugierde gelten als verdächtig. Die Wirtschaftspolitik ist innovationsfeindlich, der Mangel an Fachkräften zunehmend dramatisch, Reformen werden verschleppt, die Infrastruktur ist veraltet, Industrieanlagen sind monostrukturell ausgerichtet, die Wirtschaft ist wider allen Versprechungen weiterhin kaum diversifiziert und international trotz niedriger Lohnkosten nicht wettbewerbsfähig. Kommunikationskanäle der Bevölkerung zur Regierung sind nicht vorhanden. Die Regierung agiert im Blindflug.

Als Folge bleibt die wirtschaftliche Entwicklung seit Jahren immer deutlicher hinter den Potenzialen des Landes zurück. Hinzu kommt die einseitige Fokussierung auf die Ausbeutung der gewaltigen Gasreserven als einzige relevante Wirtschaftsgrundlage des Systems. Den Deviseneinnahmen steht die Entwicklung Turkmenistans hin zu einem typischen Rentierstaat einschließlich der damit verbundenen Herausforderungen gegenüber. Hierzu gehören unter anderem die Vernachlässigung aller nicht mit Renteneinnahmen verbundenen Wirtschaftszweige, die Entwicklung eines umfassenden Systems der wirtschaftlich unproduktiven Jagd nach ohne Arbeitsaufwand erzielbaren Einnahmen und des Nepotismus, das durch die vom Präsidenten verfolgte einseitige Förderung der Gruppe der Ahal-Tekke zulasten (und zur Unzufriedenheit) aller anderen Bevölkerungsgruppen aktiv verstärkt wird, sowie die alles umfassende Korruption.

### Von der Wirtschaftskrise zur Systemkrise

Vor dem Hintergrund dieser Gemengelage bahnte sich im Herbst 2016 eine durch den Verfall der Gaspreise verursachte Wirtschaftskrise an, die seit 2017 zunehmend dramatische Ausmaße annimmt. Auslöser war ein mit China geschlossener Vertrag zur langfristigen Lieferung von Erdgas nach China zu für Turkmenistan überaus ungünstigen Bedingungen. Der Vertrag erlaubt es China, die abgenommene Gasmenge flexibel zu bestimmen, während das gelieferte Gas auf längere Zeit vor-

nehmlich dazu dient, die von China finanzierte Pipeline abzubezahlen. Die turkmenischen Förderkapazitäten reichen nicht aus, parallele Verträge zu erfüllen oder neue Absatzmärkte zu erschließen, selbst wenn diese für sich genommen deutlich lukrativer wären.

Spätestens im Herbst 2016, als neben weiten Teilen des von Nahrungsmittelimporten abhängigen Landes zunehmend auch die Hauptstadt von Versorgungsengpässen betroffen war, wurde offenkundig, dass die erprobte Leugnungsstrategie nicht ausreichen würde, die Krise auszusitzen. 2017 verschärfte sich die Versorgungslage bei Grundnahrungsmitteln weiter, immer mehr Importwaren verschwanden aus dem Sortiment der Lebensmittelhändler. Die Substitution durch einheimische Produkte gelang weder qualitativ noch quantitativ. Die drohende Freigabe des nur noch mit größter Mühe gestützten Wechselkurses des turkmenischen Manat lässt aufgrund der hohen Lebensmittelimportquote eine weitere Verschlimmerung der Krise befürchten.

Unklar ist, inwieweit die Führung des Landes bereits erkannt hat, dass aus der Wirtschaftskrise eine Systemkrise geworden ist. Eine erfolgreiche Bewältigungsstrategie ist weiterhin nicht erkennbar: Um den Anschein der Normalität zu wahren, wurde das Schlange stehen vor Lebensmittelgeschäften und das (nicht näher definierte) Leerkaufen von Lebensmittelregalen verboten. Um den Staatshaushalt zu schonen, wurden die bislang sehr großzügig verteilten Subventionen für Lebensmittel, Strom, Benzin, öffentliche Verkehrsmittel und verschiedene Dienstleistungen abgeschafft. Gleichzeitig spricht der Präsident weiterhin von erreichtem Wohlstand und großartigen Reformen, in deren Folge die Bevölkerung mit großzügigen Ernten und Wohlstand belohnt werde.

Der vom ersten turkmenischen Präsidenten Saparmurat Nijasow formulierte und von seinem Nachfolger Berdymuchammedow in ähnlicher Form implizit und explizit regelmäßig wiederholte Anspruch, »einer der Vorreiterstaaten des dritten Jahrtausends« werden zu wollen, ist in Anbetracht eines ausschließlich auf eine katastrophale Wirtschaftspolitik zurückzuführenden Versorgungsnotstands in einem der an Rohstoffen reichsten Staaten der Welt nicht nur perspektivlos, er ist absurd.

### Reformunfähigkeit und drohender Systemkollaps

Im Unterschied zur Sowjetunion beinhaltet das wirtschaftspolitische System Turkmenistans kein die Herrschaftslegitimation stützendes Heilsversprechen. Und im Unterschied etwa zu den Golfstaaten bietet die Regierung ihren Staatsbürgern auch keine realistische Wohlstandsperspektive. Wichtigste Legitimationsgrundlagen waren daher bislang das Stabilitäts- und das Leistungsversprechen. Ersteres war schon vor Beginn

der Wirtschaftskrise zum Versprechen politischer Stagnation verkommen, das Leistungsversprechen wurde mit der Abschaffung der Subventionen gebrochen.

Ernsthafte wirtschaftspolitische Reformen sind komplex und für die Machthaber mit erheblichen machtpolitischen Risiken verbunden. Die Risiken der aktuellen Krise jedoch sind fundamental: Der Verzicht auf zeitnahe umfassende strukturelle Veränderungen wird den Zusammenbruch des Herrschaftssystems zur unausweichlichen Folge haben.

Weltrekorde, pompöse Feiern, monumentale Marmorbauten und ein sich mit zunehmendem Legitimationsverlust immer großartiger inszenierender Präsident werden der Bevölkerung auf Dauer nicht genügen und könnten im Gegenteil als Zeichen autoritärer Hybris wahrgenommen werden.

*Über den Autor:*

Hendrik Meurs hat am Lehrstuhl für Anthropogeographie der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg über das Herrschaftssystem von Turkmenistan promoviert. Hierzu führten ihn zahlreiche teils längere Forschungs- und Arbeitsaufenthalte in sämtliche Länder Zentralasiens und insbesondere nach Turkmenistan. Seit 2014 arbeitet er als Länderreferent mit Zuständigkeit für die fünf Staaten Zentralasiens und Iran beim Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Bonn.

Die bisherigen Aktivitäten der Regierung, das Ausweiten präsidialer Inszenierungen und Propaganda in Kombination mit der Verschärfung der Repressionen und der Abschaffung von Vergünstigungen, lassen vermuten, dass sie unfähig ist, Prozesse einzuleiten, die dem Herrschaftssystem einen – reformierten – Fortbestand ermöglichen könnten.

Unklar ist daher nur noch, wann die letzte Möglichkeit der Regierung verstreicht, sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung zu orientieren, die hierzu notwendigen Kommunikationskanäle zu öffnen, Kritik zuzulassen, Innovationen und Investitionen zu ermöglichen, Kultur den Raum zum Atmen und Bildung und Wissenschaft die ihnen zustehenden Entfaltungsmöglichkeiten zu geben, das wirtschaftspolitische System zu reformieren und letztlich den Systemkollaps zu verhindern.

## 19. Mai bis 22. Juni 2018

### Kasachstan

22.5.2018	Im Rahmen eines kasachstanisch-usbekischen Wirtschaftsforums in Schymkent, an dem Beamte und Unternehmer aus beiden Ländern teilnehmen, werden mehrere bilaterale Abkommen in Höhe von insgesamt 62 Mio. US-Dollar unterzeichnet.
23.5.2018	Die Verteidigungsminister der CSTO-Staaten beraten bei ihrem Treffen in Astana über die Themen Informationskriege, Cyber-Sicherheit und US-Iran Beziehungen. Am Rande der Veranstaltung bespricht Präsident Nursultan Nasarbajew mit dem russischen Verteidigungsminister Sergej Schoigu Fragen der militärischen Zusammenarbeit.
28.5.2018	Ein Bezirksgericht in Almaty ordnet die Schließung des Nachrichtenportals <i>Ratel.kz</i> sowie ein Verbot der Domain und der Nutzung des Namens für Publikationen jeglicher Art an. Dem Nachrichtenportal wird vorgeworfen, Registrierungsregeln verletzt und auf anderen Sprachen als Russisch publiziert zu haben, obwohl nur diese als Publikationssprache registriert wurde. Gegen einige Mitarbeiter der Seite wird darüber hinaus wegen Verbreitung falscher Informationen ermittelt.
29.5.2018	In Reaktion auf eine schriftliche Anfrage des kirgisischen Außenministeriums zu verschärften Kontrollen kirgisischer Staatsbürger auf dem Flughafen von Almaty erklärt das Außenministerium in Astana, dass die Überprüfungen der Identifizierung von Mitgliedern internationaler terroristischer Organisationen dienen und an allen Grenzübergängen erfolgen würden.
31.5.2018	Der Senat stimmt einem Gesetz zu, das Präsident Nasarbajew zum lebenslangen Vorsitzenden des Sicherheitsrats macht.
31.5.2018	Premierminister Bakyttschan Sagintajew trifft seinen kirgisischen Amtskollegen Muchammedkalyi Abylgasijew am Rande des Treffens der GUS-Regierungschefs in Duschanbe zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis.
6.6.2018	Präsident Nasarbajew erörtert in Astana mit dem Präsidenten der EBRD, Suma Chakrabarti, die Umsetzung gemeinsamer Projekte.
6.6.2018	Im Raumfahrtzentrum von Baikonur startet eine Sojus-Rakete, die den deutschen Raumfahrer Alexander Gerst gemeinsam mit Sergej Prokopjew aus Russland und Serena Aunon-Chancellor aus den USA für eine sechsmo-natige Mission zur Internationalen Raumstation (ISS) bringt.
7.6.2018	Kasachstan wird zum Mitglied des UNESCO-Komitees für den Schutz des immateriellen Kulturerbes gewählt. Spezialisten aus Kasachstan werden für vier Jahre an der Arbeit des Komitees teilnehmen.
7.6.2018	Während eines mehrtägigen Staatsbesuchs in Beijing trifft Präsident Nasarbajew mit seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping zusammen. Insgesamt werden neun Verträge unterschrieben, u. a. ein Abkommen über die Zusammenarbeit zur Verhinderung des illegalen Handels mit Kernmaterial.
9.6.2018	Präsident Nasarbajew nimmt am zweitägigen Gipfel der Staatshäupter der SCO-Mitgliedsstaaten im chinesischen Qingdao teil. Am Rande der Veranstaltung trifft er sich mit dem indischen Premierminister Narendra Modi und dem Präsidenten der Mongolei, Chaltmaagiin Battulga, zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit.
9.6.2018	Kasachstan und China schließen während eines kasachstanisch-chinesischen Business Forums in Beijing rund 40 Kooperationsabkommen im Gesamtwert von 13 Mrd. US Dollar ab.
11.6.2018	In Almaty findet ein Treffen der Außenminister der CSTO-Staaten statt. Auf der Agenda steht u. a. die Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung zum Vertrag über nukleare Mittelstreckenraketen (INF).
15.6.2018	Präsident Nasarbajew wird während seines offiziellen Besuchs der Autonomen Republik Tatarstan (RF) von seinem tatarischen Amtskollegen Rustam Minnichanow zu Gesprächen empfangen.
15.6.2018	Das Parlament genehmigt die Erhöhung der Anzahl kasachstanischer Soldaten in UN-Friedensmissionen. Rund 40 Soldaten sollen in Missionen im Nahen Osten, auf Zypern, in Indien, Pakistan und in der Westsahara entsendet werden, bis zu 120 Soldaten in den Libanon.
16.6.2018	Der Hausarrest des Bankiers und Geschäftsmann Dschomart Jertajew, der im Mai in Moskau verhaftet wurde, wird bis zum 8.11.2018 verlängert. Über seine Auslieferung nach Kasachstan wird derzeit verhandelt. Jertajew wird Unterschlagung und Betrug im Rahmen seiner Tätigkeit als Direktor der <i>Alliance Bank</i> (2002–2007) vorgeworfen.
17.6.2018	Bei der Entgleisung eines Zuges auf dem Weg von Astana nach Almaty in der Nähe der Stadt Schu (Gebiet Dschambyl) werden 11 Menschen verletzt, ein 12-jähriges Kind stirbt.



20.6.2018	Mit Unterzeichnung eines Dekrets durch Präsident Nasarbajew wird das Gebiet Südkasachstan in Gebiet Turkistan umbenannt. Die Gebietshauptstadt Schymkent erhält den Status einer Stadt »nationaler Bedeutung«.
20.6.2018	Die Verteidigungsministerien Kasachstans und Frankreichs haben einen bilateralen Kooperationsplan für 2019 unterzeichnet, teilt der Pressedienst des Verteidigungsministeriums mit.
21.6.2018	Das Parlament ratifiziert ein Abkommen über die Zusammenarbeit mit China für den Bau des Staudamms Tschukurbulak am Fluss Chorgos (Gebiet Almaty) in der Nähe der Grenze zu China. Die Kosten für den Bau sollen von beiden Ländern gleichermaßen getragen werden.
22.6.2018	Gegen die ehemalige Direktorin der Bank RBK, Nurgul Jertajewa, und den Vorsitzenden von Alma-TV, Alexander Parchomenko, werden Haftbefehle wegen des Verdachts auf Betrug erlassen. Beide befinden sich zurzeit im Ausland.

## Kirgistan

19.5.2018	Premierminister Muchammedkali Abylgasijew verurteilt auf einem außerordentlichen Treffen der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) in Istanbul die Verlegung der US-Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem und spricht sich für eine Vermittlung im Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern durch die UN aus.
21.5.2018	Das Staatliche Komitee für nationale Sicherheit (GKNB) eröffnet ein Verfahren gegen den früheren Bürgermeister von Bischkek und ehemaligen Vorsitzenden des Staatlichen Zolldienstes, Kubanytschbek Kulmatow, wegen des Verdachts der Unterschlagung von 2 Mio. US-Dollar, die in den Bau neuer Schulen fließen sollten.
22.5.2018	Präsident Sooronbai Dscheenbekow empfängt in Bischkek OSZE-Generalsekretär Thomas Greminger. Bei einem Treffen mit Außenminister Erlan Abdyldajew erörtert Greminger Fragen der Zusammenarbeit zwischen Kirgistan und der OSZE.
23.5.2018	Der Generalstabschef der Streitkräfte, Raimberdi Dujschenbijew, nimmt an einem Treffen der CSTO-Verteidigungsminister in Astana teil. Auf dem Treffen wird u. a. die gemeinsame Ausbildung kollektiver Sicherheitskräfte für den Zeitraum der nächsten fünf Jahre vereinbart.
25.5.2018	Das GKNB teilt mit, dass das Vermögen des früheren Bürgermeisters von Bischkek und Vorsitzenden des Staatlichen Zolldienstes, Kulmatow, beschlagnahmt wurde.
25.5.2018	FergananeWS meldet, dass die Staatsanwaltschaft beschlossen hat, den kasachischen Blogger und Regierungskritiker Murat Tungischbajew, der Anfang Mai politisches Asyl in Kirgistan beantragt hatte, an Kasachstan auszuliefern. Tungischbajew hatte Kasachstan bereits 2014 verlassen.
29.5.2018	Ex-Premierminister Sapar Isakow wird zum dritten Mal vom GKNB wegen des Ausfalls des Wärmekraftwerks in Bischkek im Januar dieses Jahres befragt. Ihm wird vorgeworfen, dass er seine Position in der Präsidentschaftsverwaltung 2013 genutzt haben soll, um dem chinesischen Unternehmen TBEA den Modernisierungsauftrag für das Kraftwerk zu erteilen.
29.5.2018	Im usbekischen Fergana findet das erste Treffen einer usbekisch-kirgisischen interparlamentarischen Kommission statt.
30.5.2018	In einer offiziellen Mitteilung an das kasachstanische Außenministerium beschwert sich das Außenministerium über die »inakzeptable und demütigende« Behandlung kirgisischer Staatsbürger am Flughafen von Almaty. Die kasachstanische Seite begründet die Kontrollen mit verstärkten Sicherheitsmaßnahmen an allen Grenzübergängen.
30.5.2018	Das Innenministerium teilt mit, dass bereits am 19.5.2018 ein Bewohner von Batken wegen des Verdachts der extremistischen Propaganda festgenommen wurde. Der Mann soll einer der Anführer der extremistischen Gruppe Hizb ut-Tahrir in Kirgistan sein.
31.5.2018	Die UN-Vertretungen in Kirgistan fordern in einer gemeinsamen Erklärung die Behörden des Landes auf, alle notwendigen Maßnahmen gegen Brautraub und Zwangsheirat zu ergreifen und verurteilen die Ermordung einer jungen Frau Ende April. Die in einem Dorf in der Nähe von Bischkek »geraubte« Kirgisin war während polizeilicher Ermittlungen auf der Polizeiwache von ihrem Entführer ermordet worden.
31.5.2018	Premierminister Abylgasijew nimmt an einem Treffen der GUS-Regierungschefs in Duschanbe teil. Am Rande des Gipfels trifft er mit seinen russischen und usbekischen Amtskollegen, Dmitrij Medwedjew und Abdulla Aripow, zu Gesprächen zusammen.

1.6.2018	Das Wirtschaftsministerium teilt mit, dass China Kirgistan 4,5 Mrd. Som (65,8 Mio. US-Dollar) Entwicklungshilfe zur Verfügung stellt. Der Großteil des Geldes soll in die Sanierung bestehender und den Bau neuer Straßen in Bischkek fließen.
5.6.2018	Im Zusammenhang mit den Untersuchungen zum Ausfall des Wärmekraftwerks in Bischkek im Januar dieses Jahres werden Ex-Premier Isakow und der frühere Bürgermeister von Bischkek Kulmatow wegen des Verdachts von Amtsmissbrauch und Korruption verhaftet.
5.6.2018	Im Gebiet Batken kommt es an der Grenze zu Tadschikistan zu Zusammenstößen zwischen Grenzsoldaten beider Länder, nachdem kirgisische Händler begonnen hatten, ihre Waren an einem umstrittenen Teil der Grenze zu verkaufen. Drei von kirgisischen Grenzsoldaten festgenommene tadschikische Grenzsoldaten werden nach Verhandlungen zwischen Beamten beider Länder wieder freigelassen.
6.6.2018	Ex-Präsident Almasbek Atambajew bezeichnet die Festnahme der Politiker Isakow und Kulmatow öffentlich als politisch motiviert und die Anschuldigungen als absurd. Isakow und Kulmatow seien nicht korrupt, sondern hätten im Gegenteil dazu beigetragen, die Korruption zu reduzieren. Atambajew übernimmt die Verantwortung für alle Entscheidungen, die im Zusammenhang mit der Modernisierung des Wärmekraftwerks getroffen wurden.
6.6.2018	In Bischkek demonstrieren mehr als 1.500 Menschen gegen die illegale, aber weit verbreitete Praxis des Brautraubs. Unter den Demonstranten sind vor allem Studenten, berichtet der kirgisische Dienst von RFE/RL. Zwei Tage zuvor hatte das Innenministerium bekannt gegeben, dass im Zusammenhang mit der Ermordung einer »geraubten« jungen Frau auf einer Polizeiwache Ende April die Führung der Wache entlassen und mehr als 20 Polizeibeamte bestraft wurden.
6.6.2018	Präsident Dscheenbekow trifft während seines dreitägigen Staatsbesuchs in Beijing mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping, Ministerpräsident Li Keqiang und dem Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Li Zhansu, zu Gesprächen zusammen. Die Präsidenten unterzeichnen u. a. eine gemeinsame Erklärung zur Schaffung einer umfassenden strategischen Partnerschaft zwischen China und Kirgistan.
7.6.2018	Der Oberste Gerichtshof reduziert die Haftstrafen der Oppositionspolitiker Bektur Asanow und Kubanytschbek Kadyrow von 12 auf acht Jahre und die von Ernest Karybekow von 20 auf sechs Jahre. Die drei Politiker waren im April 2017 wegen angeblicher Verschwörung zum Sturz der Regierung verurteilt worden.
8.6.2018	RFE/RL berichtet, dass in einer Strafkolonie im Norden Kirgistans 60 Häftlinge in den Hungerstreik getreten sind, um gegen die schlechten Haftbedingungen zu protestieren. Zehn der streikenden Insassen haben ihre Münder zugenäht.
8.6.2018	Im usbekischen Andischan beginnt ein einwöchiges Treffen von Regierungsdelegationen Kirgistans und Usbekistans zur Delimitierung und Demarkation der noch unklaren Abschnitte der gemeinsamen Staatsgrenze.
9.6.2018	Präsident Dscheenbekow nimmt am zweitägigen Gipfel der Staatsoberhäupter der SCO-Mitgliedsstaaten im chinesischen Qingdao teil. Am Rande des Gipfels trifft Dscheenbekow seine Amtskollegen aus Tadschikistan und der Mongolei, Emomali Rachmon und Chaltmaagiin Battulga, sowie den indischen Premierminister Narendra Modi zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit. Kirgistan hat 2018/19 den Vorsitz der SCO inne.
11.6.2018	Anders als bei den anderen Mitgliedsstaaten (außer Belarus) nimmt aus Kirgistan nicht der Ressortchef, sondern nur der Staatssekretär des Außenministeriums Aibek Omokejew am Treffen der Außenminister der CSTO-Staaten in Almaty teil.
11.6.2018	Eine Delegation unter Leitung des Chefs des Generalstabs der kirgisischen Streitkräfte, Dujschenbijew, ist für einen viertägigen offiziellen Besuch in Usbekistan. Ergebnis eines Treffens mit dem usbekischen Verteidigungsminister Abdusalom Asisow ist die Unterzeichnung eines militärischen Kooperationsplans.
13.6.2018	In den Ermittlungen zum Ausfall des Wärmekraftwerks in Bischkek im Januar 2018 werden die ehemaligen Premierminister Dschantoro Satybaldiew (2012–14) und Temir Sarijew (2015/16) vom GKNB als Zeugen vorgeladen.
14.6.2018	Präsident Dscheenbekow trifft am Rande seines Moskaubesuchs zur Teilnahme an der Eröffnungsfeier der Fußballweltmeisterschaft den russischen Präsidenten Wladimir Putin für bilaterale Gespräche.
18.6.2018	Nach Ex-Premierminister Isakow und Ex-Bürgermeister Kulmatow wird nun auch der ehemalige Premier Satybaldijew wegen des Verdachts auf Korruption im Zusammenhang mit den Ermittlungen um das Heizkraftwerk von Bischkek festgenommen.
19.6.2018	In Bischkek findet das achte Treffen der interparlamentarischen Kommission zwischen dem kirgisischen Parlament und den beiden Kammern des russischen Parlaments statt. Themen sind u. a. die Zusammenarbeit im militärischen Bereich und Aktivitäten des Russisch-Kirgisischen Entwicklungsfonds.

19.6.2018	Innenminister Kaschkar Dschnunuschalijew bespricht auf einem Arbeitstreffen mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Kolokolzew in Moskau die interministerielle Zusammenarbeit.
19.6.2018	Am Vorabend der Konferenz »Wasser für nachhaltige Entwicklung« in Duschanbe besprechen die beiden stellvertretenden Premierminister Kirgistans und Tadschikistans, Dschenis Rasakow und Asim Ibrochim, noch offene Fragen der Delimitierung der gemeinsamen Grenze und Maßnahmen zur Verhinderung von gewaltsamen Zusammenstößen im Grenzgebiet.

## Tadschikistan

21.5.2018	Etwa 50 Personen demonstrieren vor der iranischen Botschaft in Duschanbe gegen die angebliche Unterstützung Teherans für die seit 2015 in Tadschikistan verbotene Partei der Islamischen Wiedergeburt (PIWT).
23.5.2018	Aus der Website des Außenministeriums geht hervor, dass Außenminister Sirodschiddin Aslow seinen Nachnamen in Muhriddin geändert hat. Er ist damit das letzte prominente Regierungsmitglied, das Präsident Emomali Rachmons Vorbild folgend seinen Namen tadschikisiert hat.
23.5.2018	Die russische Parlamentskaja Gaseta berichtet unter Berufung auf den stellvertretenden Sprecher des Föderationsrates, Ewgenij Buschmin, dass Russland wegen der großen Nachfrage 30 weitere Russischlehrer nach Tadschikistan entsenden wird. Seit September 2017 sind bereits 29 russische Pädagogen an tadschikischen Schulen tätig.
23.5.2018	Der Rat der Ulama Tadschikistans beschuldigt die Führung Irans durch die Unterstützung von Oppositionellen zu versuchen, die Lage im Land zu destabilisieren.
26.5.2018	Nach Angaben der Nachrichtenagentur Chowar wurde am Morgen in Duschanbe die neunmillionste Bürgerin Tadschikistans geboren. Die glücklichen Eltern erhalten eine Drei-Zimmer-Wohnung in der Hauptstadt als Geschenk.
27.5.2018	Wie erst jetzt bekannt wird, benötigen Lehrkräfte an Schulen und Universitäten, Wissenschaftler und Studenten bereits seit Februar 2018 schriftliche Genehmigungen des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft sowie des Außenministeriums für berufliche Auslandsreisen.
29.5.2018	Nach Angaben der verbotenen oppositionellen Gruppe 24 wurde ihr am 19.3.2018 auf tadschikisches Ersuchen in Istanbul verhaftetes Mitglied Nasimdschon Scharipow von den türkischen Behörden freigelassen.
30.5.2018	Der neueste <i>Report on International Religious Freedom</i> des U.S. State Department bewertet Tadschikistan wegen der Maßnahmen gegen mutmaßliche Islamisten und des Umgangs mit religiösen Minderheiten erneut als »Country of Particular Concern«.
30.5.2018	Das Innenministerium meldet die Verhaftung von vier Mitgliedern der Gruppe um den ehemaligen Verteidigungsminister Abduchalim Nasarsoda, denen die Organisation des bewaffneten Aufstandes im September 2015 zur Last gelegt wird. Die Festgenommenen sollen zugleich Verbindungen zur verbotenen PIWT gehabt haben.
31.5.2018	Im Vorfeld der Sitzung des Rates der Regierungschefs der GUS-Staaten führt der russische Premierminister Dmitrij Medwedjew in Duschanbe Gespräche mit Präsident Rachmon und seinem Amtskollegen Kochir Rasul-soda, u. a. über Verbesserungen der Situation der Arbeitsmigranten in Russland.
31.5.2018	Premierminister Rasulsoda erörtert in Duschanbe mit seinem usbekischen Amtskollegen Abdulla Aripow Fragen der Zusammenarbeit in Wirtschaft, Kultur und Sicherheit.
31.5.2018	Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet, dass Said Kijomiddin Gosi, ein in den neunziger Jahren bekannter islamischer Geistlicher, bereits vor zehn Tagen vom Obersten Gericht zu 25 Jahren Freiheitsentzug wegen Anheizens nationaler und religiöser Feindschaft, Verrat der Heimat und Aufruf zu gewaltsamer Änderung der verfassungsmäßigen Ordnung verurteilt wurde.
31.5.2018	Bei gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Ortsbewohnern an einem nicht delimitierten Abschnitt der tadschikisch-kirgisischen Grenze bei Woruch (Gebiet Sogd) und Aksai (Gebiet Batken, Kirgistan) wird ein Mann schwer verletzt.
1.6.2018	In Duschanbe findet eine Sitzung des Rats der Regierungschefs der GUS-Staaten statt, bei dem vor allem über Fragen der ökonomischen Zusammenarbeit geredet wird.
3.6.2018	Afghanische Medien melden, dass die Taliban in der Nacht einen Ort an der Grenze zu Tadschikistan eingenommen haben.
4.6.2018	Der Dichter und stellvertretende Vorsitzende des Schriftstellerverbandes Tadschikistans, Ato Mirchodscha, veröffentlicht ein Gedicht, in dem er Präsident Rachmon sowohl mit Jesus als auch mit Ali gleichsetzt.

6.6.2018	Verteidigungsminister Scherali Mirso nimmt an der regulären Sitzung des Rates der Verteidigungsminister der GUS-Mitgliedsstaaten im Kysyl (Autonome Republik Tuwa der RF) teil.
6.6.2018	Die Chefs der Grenztruppen Tadschikistans und Kirgistans, Radschabali Rachmonali und Ularbek Scharschew, vereinbaren bei einem Treffen in Buston (Gebiet Sogd), bei Zwischenfällen an der gemeinsamen Grenze auf den Gebrauch von Schusswaffen zu verzichten. Anlass war eine Auseinandersetzung zwei Tage zuvor bei Dschabbar-Rasul (Gebiet Sogd) bzw. Maksat (Gebiet Batken, Kirgistan), als tadschikische Grenzsoldaten auf einem von Kirgisen genutzten, noch nicht delimitierten Grenzabschnitt nach mehreren Schüssen in die Luft und aggressivem Auftreten gegenüber Zivilisten von kirgisischen Sicherheitskräften verhaftet worden waren.
10.6.2018	Präsident Rachmon ruft auf dem SCO-Gipfel im chinesischen Quingdao zur Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus und Extremismus, Drogen- und Waffenhandel und transnationales Verbrechen auf. Am Rande des Gipfels trifft der Präsident mit seinen Amtskollegen aus Russland, China, Afghanistan und Kirgistan, Wladimir Putin, Xi Jinping, Ashraf Ghani und Sooronbai Dscheenbekow, sowie den Premierministern Pakistans und Indiens, Mamnoon Hussain und Narendra Modi, zusammen.
11.6.2018	Außenminister Muchridin nimmt an der regulären Sitzung der Außenminister der CSTO-Staaten in Almaty teil, auf der aktuelle Fragen der internationalen und regionalen Sicherheit behandelt werden. Der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärt die Bereitschaft der CSTO-Staaten, Tadschikistan beim Schutz seiner Grenzen zu Afghanistan zu unterstützen.
12.6.2018	Der Vorsitzende des Staatlichen Komitees für nationale Sicherheit, Sajmumin Jatimow, und der Vorsitzende des Dienstes für staatliche Sicherheit Usbekistans, Ichtijor Abdullojew, erörtern bei einem Treffen in Duschanbe Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus und internationales Verbrechen und unterzeichnen eine Kooperationsvereinbarung.
12.6.2018	Das Staatliche Komitee für nationale Sicherheit meldet die Festnahme eines Drogenhändlers und die Beschlagnahme von 100 kg aus Afghanistan stammenden Haschischs sowie mehrerer Waffen im Autonomen Gebiet Berg-Badachschan (GBAO). Zugleich werden drei bewaffnete Zusammenstöße mit Schmugglern an der Grenze zu Afghanistan innerhalb von 24 Stunden gemeldet.
13.6.2018	Ein Stadtgericht in Chudschand (Gebiet Sogd) verurteilt einen 36-jährigen Bewohner von Wachdat wegen des Versuchs, sich dem IS anzuschließen zu einer 12-jährigen Freiheitsstrafe.
13.6.2018	Die untere Kammer des Parlaments billigt die von der Regierung vorgeschlagene Änderung des Sicherheitsgesetzes, mit der das bisher unabhängige Institut des Sekretariats des Sicherheitsrates Tadschikistans dem Exekutivapparat des Präsidenten unterstellt wird.
14.6.2018	Präsident Rachmon nimmt auf Einladung seines russischen Amtskollegen Wladimir Putin an der Eröffnungsfeier der Fußballweltmeisterschaft in Moskau teil.
18.6.2018	Außenminister Muchridin empfängt den <i>U.N. Under-Secretary-General for Economic and Social Affairs</i> , Liu Zhenmin, sowie den EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien, Peter Burian, zu Gesprächen über die sozio-ökonomische Lage und Fragen der Zusammenarbeit.
18.6.2018	Die staatliche <i>Amonatbank</i> beginnt Kredite für im Chinageschäft engagierte Unternehmer in chinesischen Jüan auszuzahlen, die Rückzahlung soll in Somoni erfolgen.
19.6.2018	Präsident Rachmon empfängt im Vorfeld der internationalen Konferenz »Wasser für eine nachhaltige Entwicklung« in Duschanbe seinen pakistanischen Amtskollegen Hussain zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der politischen und ökonomischen Zusammenarbeit. Hussain trifft auch mit dem Vorsitzenden der unteren Kammer des Parlaments, Schukurdschon Suchurow, und Premierminister Rasulsoda zusammen.
19.6.2018	Nach Angaben der russischen Zentralbank stieg die Summe der Rücküberweisungen tadschikischer Arbeitsmigranten in der RF im ersten Quartal 2018 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 15,1 % auf 487 Mio. US-Dollar.
20.6.2018	Präsident Rachmon eröffnet in Duschanbe die gemeinsam mit der UN organisierte Konferenz »Wasser für eine nachhaltige Entwicklung 2018–2028«, an der Regierungsvertreter aus 35 Staaten teilnehmen. Am Rande der Veranstaltung trifft Rachmon mit seinem turkmenischen Amtskollegen Gurbanguly Berdymuchammedow zu Gesprächen zusammen.
21.6.2018	Präsident Rachmon empfängt den afghanischen Regierungschef Abdullah Abdullah zu Gesprächen, in denen es insbesondere um Energiefragen geht.
21.6.2018	Präsident Rachmon erörtert mit dem EU-Kommissar für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung, Neven Mimica, Fragen der bilateralen Zusammenarbeit.

22.6.2018	Das Oberste Gericht beschließt die Einstellung der strafrechtlichen Ermittlungen gegen den Parteichef der verbotenen PIWT, Muchiddin Kabiri, solange er im ausländischen Exil ist.
-----------	--

## Turkmenistan

22.5.2018	Mehrere russischsprachige Websites berichten, dass im Gebiet Balkan öffentliche und private Toiletten darauf überprüft würden, ob Zeitungen mit Fotos von Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow als Toilettenpapier benutzt wurde und ggfs. Strafen verhängt werden. (In Turkmenistan können sich viele Menschen kein Toilettenpapier leisten und nutzen deshalb kostenlose Zeitungen.)
23.5.2018	Der turkmenische Dienst von RFE/RL berichtet, dass in der Redaktion im vergangenen Monat täglich Beschwerden von turkmenischen Studenten im Ausland eingegangen sind, die große Schwierigkeiten haben, Geld abzuheben, da die meisten Kreditkarten turkmenischer Banken blockiert sind oder zu niedrige Limits für die Bezahlung von Studiengebühren und Lebenshaltungskosten hätten.
23.5.2018	Der turkmenische Dienst von RFE/RL berichtet, dass Zucker erneut teurer geworden ist und in vielen staatlichen Geschäften in Aschgabat ganz aus dem Sortiment verschwunden ist. Auch andere Produkte wie Mehl, Babynahrung und Sonnenblumenöl haben sich weiter verteuert. Medikamentenpreise sind seit Beginn des Jahres um 300 % angestiegen.
23.5.2018	Der US-Zoll- und Grenzschutz verbietet den Import von Baumwolle und sämtlichen Produkten, die teilweise oder vollständig aus Baumwolle hergestellt sind, aus Turkmenistan. Das Einfuhrverbot begründet sich im Einsatz von Zwangs- und Kinderarbeit und folgt einer im Jahr 2016 eingereichten Beschwerde der <i>Cotton Campaign</i> , einer internationalen Koalition von Menschenrechtsorganisationen, Investoren und Unternehmen, die sich der Beseitigung von Kinderarbeit und Zwangsarbeit in der Baumwollproduktion widmet.
26.5.2018	RFE/RL berichtet, dass der Journalist und RFE/RL-Mitarbeiter Saparmamed Nepeskulijew nach dreijähriger Haft freigelassen wurde. Nepeskulijew war im Juli 2015 festgenommen und zunächst wochenlang ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten worden, bevor ein Gericht ihn wegen angeblicher Drogendelikte schuldig sprach. Menschenrechtsgruppen bewerteten das Urteil als politisch motiviert.
30.5.2018	OSCE/ODIHR kritisiert die Parlamentswahlen vom 25.3.2018 in einem Abschlussbericht als nicht demokratisch. Das politische Umfeld sei nur nominell pluralistisch und die Ausübung der Grundfreiheiten stark eingeschränkt gewesen. Außerdem sei die Richtigkeit der Ergebnisse in Frage zu stellen, da die Integrität der Wahlen nicht gewährleistet war.
9.6.2018	Präsident Berdymuchammedow begnadigt anlässlich der Nacht der Offenbarung während des Ramadan (»Gadyr gidschesi«) 611 Gefangene.
13.6.2018	Die staatliche Nachrichtenagentur TDCh meldet, dass der Leiter des Geheimdienstes, Dowrangeldy Bairamow, entlassen und degradiert wurde. Er wird ersetzt durch den bisherigen Verteidigungsminister Jaylym Berdijew. Dessen Nachfolger wird der bisherige Chef des Grenzschutzes, Begentsch Gundogdijew.
13.6.2018	In Zagreb findet das dritte Treffen der Turkmenisch-kroatischen zwischenstaatlichen Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit statt, bei dem es vor allem um die Stärkung der Handelsbeziehungen und des Tourismus geht.
18.6.2018	Der turkmenische Dienst von RFE/RL berichtet, dass die Regierung neue Rationierungen für Grundnahrungsmittel eingeführt hat. Brot wird nur nach Vorlage des Ausweises an Volljährige ausgegeben. In Aschgabat sollen die Schlangen vor den staatlichen Lebensmittelgeschäften täglich länger werden.
19.6.2018	Präsident Berdymuchammedow unterzeichnet ein Gesetz, das die Polygamie verbietet. Das Gesetz soll am 1.9.2018 in Kraft treten.
20.6.2018	In Aschgabat findet eine internationale Entwicklungskonferenz zu den »Zielen für eine nachhaltige Entwicklung« (SDG) der UN und der Zusammenarbeit internationaler Geber im Gebiet der Seidenstraße statt, die von UNDP und der Staatsbank für Auswärtige Angelegenheiten Turkmenistans organisiert wurde.
21.6.2018	Präsident Berdymuchammedow veröffentlicht ein neues Buch über seine Mutter mit dem Titel »Anbetung der Mutter – Anbetung des Heiligtums«. Nach Angaben des turkmenischen Dienstes von RFE/RL nimmt der Kult um die Mutter des Präsidenten zu.

## Usbekistan

19.5.2018	Die bekannte Menschenrechtlerin Wasila Inojatowa stirbt in einem Taschkenter Krankenhaus während einer Operation im Alter von 62 Jahren.
-----------	--



22.5.2018	Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu sagt bei Treffen mit Präsident Schawkat Mirsijojew und seinem Amtskollegen Abdusalom Asisow in Taschkent Unterstützung bei der Ausbildung usbekischer Militärangehöriger im Kampf gegen das Vordringen von Terroristen aus Syrien und Afghanistan zu.
22.5.2018	Erstmals seit 14 Jahren besucht eine Delegation von Amnesty International (AI) Usbekistan. Marie Struthers, Leiterin des AI-Regionalbüros für Osteuropa und Zentralasien, und ihr Stellvertreter, Denis Krivosheyev, führen Gespräche mit Vertretern der Generalstaatsanwaltschaft, des Obersten Gerichts, verschiedener Ministerien und der Zivilgesellschaft.
23.5.2018	Ein Gericht in Pensacola im US-Bundesstaat Florida verurteilt einen 30-jährigen Usbeken, der 2014/15 drei IS-Anhängern 16.000 US-Dollar überwiesen haben soll, zu 1,5 Jahren Freiheitsentzug wegen Steuerhinterziehung.
23.5.2018	In Interviews mit der Nachrichtenagentur Reuters erklären der Chefökonom der Weltbank für Europa, Hans Timmer, und der stellvertretende Direktor der Abteilung Mittlerer Osten und Zentralasien des IMF, Juha Kahkonen, übereinstimmend, dass nach der Liberalisierung des Wechselkurssystems nun in Usbekistan eine komplette Restrukturierung der Wirtschaft erforderlich sei, einschließlich schmerzhafter Einschnitte wie Schließung von Betrieben und Erhöhung der Energiepreise.
23.5.2018	Der Direktor des nationalen Menschenrechtszentrums, Akmal Saidow, teilt bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit UNDP in Taschkent mit, dass auf Beschluss der Regierung jährlich ein UN-Sonderberichterstatte Usbekistan besuchen kann. Zuvor hatten gleich 12 Sonderberichterstatte Anfragen zum Besuch des Landes gestellt.
24.5.2018	Bei der Generalstaatsanwaltschaft wird eine neue Abteilung für den Kampf gegen Wirtschaftsverbrechen geschaffen.
25.5.2018	Außenhandelsminister Jamschid Chodschajew empfängt eine EU-Delegation zu Gesprächen über Möglichkeiten der Intensivierung des Handels zwischen Usbekistan und den EU-Mitgliedstaaten sowie der Unterstützung für den geplanten Beitritt zur WTO.
25.5.2018	Weibliche Bewohner von Taschkent müssen nach einer neuen Verordnung vor der Ausreise ins Ausland kein obligatorisches Gespräch mehr bei den Migrationsbehörden führen und benötigen auch keinen Staatsbürgerschaftsnachweis mehr.
28.5.2018	Der usbekische Dienst von RFE/RL berichtet, dass mehrere im Staatsdienst beschäftigte Verwandte des am 11.5.2018 entlassenen Vorsitzenden des Staatlichen Steuerkomitees, Botir Parpijew, ebenfalls ihrer Posten enthoben wurden. Parpijew soll sich in stationärer Behandlung befinden.
29.5.2018	In Fergana findet das erste Treffen der Interparlamentarischen Kommission zur Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten Usbekistans und Kirgistans statt.
30.5.2018	Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums wird Usbekistan 2018 erstmals seit 2010 wieder an einer Anti-Terror-Übung der SCO-Mitgliedsstaaten teilnehmen.
30.5.2018	Außenminister Abdulasis Kamilow erörtert in Moskau mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow Fragen der bilateralen Zusammenarbeit sowie regionale und internationale Probleme.
31.5.2018	Ein Gericht im russischen Sankt Petersburg verurteilt 18 Mitglieder einer russischen nationalistischen Gruppe wegen der Ermordung einer usbekischen Staatsbürgerin am 4.11.2013 zu Freiheitsstrafen von bis zu 16 Jahren.
31.5.2018	Der iranische Minister für Straßen und Stadtentwicklung, Abbas Akhundi, trifft zu Gesprächen in Taschkent ein.
31.5.2018	Premierminister Abdulla Aripow trifft im Vorfeld der Sitzung der Regierungschefs der GUS-Staaten in Duschanbe mit seinem kirgisischen Amtskollegen Muchammedkalyi Abilgasijew zu Gesprächen über bilaterale Fragen, insbesondere der gemeinsamen Grenze, zusammen.
2.6.2018	Mehrere Medien melden, dass nach dem Vorsitzenden des Staatlichen Zollkomitees, Parpijew, nun auch sein Stellvertreter Abdusalom Juldaschew und sein Sohn in einer nicht genannten Nachbarrepublik verhaftet und nach Usbekistan ausgeliefert wurden.
4.6.2018	Außenminister Kamilow trifft in Doha mit dem stellvertretenden Premier und Außenminister von Katar, Sheikh Muhammad bin Abdul Rahman bin Jasem al Thani, zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Beziehungen zusammen.
5.6.2018	Außenhandelsminister Jamschid Chodschajew trifft zur Teilnahme an Sitzungen des Usbekistan-EU Kooperationskomitees und des Unterkomitees für Wirtschaft, Handel und Investitionen in Brüssel ein.

5.6.2018	Die chinesische Entwicklungsbank gewährt Usbekistan einen 250 Mio. US-Dollar Kredit für die Entwicklung des Unternehmertums, teilt der Pressedienst der Nationalbank mit. Außerdem wird die Unterzeichnung einer Kreditvereinbarung in Höhe von 500 Mio. US-Dollar zwischen der chinesischen <i>Eximbank</i> und der usbekischen Nationalbank für Außenwirtschaft bekannt. Mit dem Geld sollen Investitionsprojekte in Usbekistan finanziert werden.
5.6.2018	<i>UN Secretary General's Special Adviser on Human Security</i> Yukio Takasu trifft zur Teilnahme an der internationalen Konferenz zur Sanierung des Aralsees in Taschkent ein. Yukio Takasu wird auch die Reste des Sees besuchen und Gespräche mit Ortsbewohnern und Vertretern von Regierung und NGOs führen.
5.6.2018	Nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft wurde im Rahmen der Ermittlungen gegen den ehemaligen Generalstaatsanwalt Raschidschon Kadirow gegen 24 Personen Anklage erhoben, 21 davon befinden sich in Untersuchungshaft.
7.6.2018	Ein Gericht in Stockholm verurteilt den usbekischen Staatsbürger Rachmat Akilow zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe wegen eines terroristischen Anschlags. Akilow war im April 2017 mit einem Lieferwagen in eine Fußgängerzone der schwedischen Hauptstadt gerast und hatte fünf Menschen getötet und 15 schwer verletzt.
8.6.2018	Präsident Mirsijojew beginnt seinen dreitägigen Chinabesuch, währenddessen er an der Sitzung des Rates der SCO-Staatschefs in Qingdao teilnehmen und zu bilateralen Gesprächen mit dem chinesischen Staatschef Xi Jinping, dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, dem afghanischen Präsidenten Ashraf Ghani sowie dem pakistanischen und indischen Premier Mamnoon Hussain und Narendra Modi zusammentreffen wird.
10.6.2018	Auf der Sitzung der Staatschefs der SCO-Staaten im chinesischen Qingdao wird der ehemalige usbekische Außenminister und frühere Botschafter in Deutschland Wladimir Norow zum neuen Generalsekretär der Organisation bestimmt. Er wird sein Amt am 1.1.2019 für zwei Jahre übernehmen.
11.6.2018	Außenminister Kamilow empfängt in Taschkent am Rande der Konferenz »Über die Rolle der Jugend im Kampf gegen Extremismus, Radikalisierung und Terrorismus« eine Delegation der OSZE unter Leitung ihres Generalsekretärs Thomas Greminger. Beide Seiten versichern ihr Interesse an einer verstärkten Zusammenarbeit in allen drei Dimensionen der Organisation.
12.6.2018	Die EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien und Afghanistan, Peter Burian und Roland Kobia, erörtern im Außenministerium Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit sowie Fragen der internationalen wie regionalen Bedeutung.
12.6.2018	Der Vorsitzende des Dienstes für staatliche Sicherheit, Ichtijor Abdullojew, und der Vorsitzende des Staatskomitees für nationale Sicherheit Tadschikistans, Sajmumin Jatimow, erörtern bei einem Treffen in Duschanbe Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus und internationales Verbrechen und unterzeichnen eine Vereinbarung über eine Zusammenarbeit.
12.6.2018	Erstmals seit der Unabhängigkeit beider Staaten empfängt Verteidigungsminister Abdusalom Asisow den Chef des kirgisischen Generalstabs, Rajimberdi Dujschenbijew, zu Gesprächen über die Sicherheitslage in der Region und Möglichkeiten einer militärischen Zusammenarbeit zwischen Usbekistan und Kirgistan.
12.6.2018	Anlässlich des Endes der Fastenzeit (Ramasan Chajit) begnadigt Präsident Mirsijojew erstmals Gefangene. Unter den 226 Amnestierten befindet sich auch Dilorom Abdukadyrowa, eine Augenzeugin der Vorgänge in Andischan 2005, die 2010 bei ihrer Rückkehr nach Usbekistan verhaftet und zu einer zehnjährigen Freiheitsstrafe wegen Angriffs auf die verfassungsmäßige Ordnung und illegaler Ausreise verurteilt wurde.
14.6.2018	Präsident Mirsijojew nimmt auf Einladung seines russischen Amtskollegen Wladimir Putin an der Eröffnungsfeier der Fußballweltmeisterschaft in Moskau teil.
16.6.2018	Die NZZ berichtet, dass die Schweizer Staatsanwaltschaft die Überweisung der auf eidgenössischen Konten eingefrorenen 800 Mio. Schweizer Franken der Tochter des 2016 verstorbenen usbekischen Präsidenten Islam Karimow, Gulnara, an die usbekische Regierung angeordnet habe.
18.6.2018	Das Außenministerium gibt bekannt, dass es in Kontakt mit führenden Vertretern der Taliban steht, um die Erreichung der Ziele der Afghanistankonferenz in Taschkent am 27.3.2018 voranzubringen.
19.6.2018	Nach Angaben der russischen Zentralbank betrugen die Rücküberweisungen usbekischer Arbeitsmigranten aus der RF im ersten Quartal 2018 insgesamt 762 Mio. US-Dollar. Damit nimmt Usbekistan unter den GUS-Staaten den ersten Platz ein.
20.6.2018	Außenminister Kamilow empfängt den Berater des afghanischen Präsidenten für Fragen der nationalen Sicherheit, Mohammad Hanif Atmar, zu Gesprächen über die aktuelle Lage in Afghanistan und Fragen der bilateralen Zusammenarbeit.

20.6.2018	Schersod Schermatow wird zum Nachfolger des bisherigen Ministers für Volksbildung, Ulugbek Inojatow, ernannt.
20.6.2018	Außenminister Kamilow empfängt den Generalsekretär der Economic Cooperation Organization (ECO), Halil Ibrahim Akca, zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit.
21.6.2018	Der Schweizer Anwalt von Gulnara Karimowa, Grégoire Mangeat, trifft in Taschkent ein, wo er hofft, zum dritten Mal seit ihrer Inhaftierung 2015 mit seiner Mandantin zusammentreffen zu können.
22.6.2018	Die UN-Generalversammlung nimmt eine auf Initiative Präsident Mirsijojew in Zusammenarbeit mit den anderen Staaten der Region entstandene Resolution zur Stärkung der regionalen und internationalen Zusammenarbeit in Zentralasien an.
22.6.2018	Der am 16.6.2018 kurz nach seiner Einreise nach Usbekistan unter dem Verdacht der Zugehörigkeit zum IS verhaftete US-Bürger Sokir Ali wird freigelassen, darf das Land aber nicht verlassen. Der aus Usbekistan stammende Unternehmer, der seit 25 Jahren in den USA lebt, war zu einem privaten Besuch in seine Heimat gereist.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

#### Herausgeber:

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH  
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.  
 Deutsches Polen-Institut  
 Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen  
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien  
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

#### Redaktion:

Dr. Beate Eschment (verantwortlich)  
 Redaktionsassistentin: Ann-Sophie Gast  
 Satz: Matthias Neumann

#### Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow  
 Prof. Dr. Martin Petrick, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Halle

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.  
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)



# Kostenlose Länder-Analysen auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de).

## Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich  
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

## Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich  
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

## Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich  
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>  
Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

## Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich  
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>  
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



## Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich  
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

## Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich  
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>  
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



## Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich  
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>  
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

